

GROUPE DE TRAVAIL
 "HISTORISCHE STANDORTSBESTIMMUNG"

CONFIDENTIEL

A conserver comme document classifié confidentiel, dans un lieu sûr ou à renvoyer après lecture au Secrétariat du groupe de travail "Historische Standortbestimmung", Département politique fédéral, Direction administrative, Section des affaires générales.

No

78

P r o c è s - v e r b a l

de la séance du 9 novembre 1974

Thème: "Relance de l'Europe ?"

Membres présents: MM. l'Ambassadeur A. Weitnauer, Président
 B. Béguin
 le Professeur E. Bonjour
 le Conseiller national W. Bretscher
 le Professeur G. Broggin
 le Professeur D. Frei
 le Conseiller aux Etats C. Grosjean
 le Professeur H. Lüthy
 le Conseiller d'Etat R. Meylan
 l'Ambassadeur P. Micheli
 le Conseiller aux Etats O. Reverdin
 l'Ambassadeur P. Ruegger
 l'Ambassadeur M. Troendle
 le Colonel commandant de corps E. Uhlmann
 le Conseiller fédéral F.T. Wahlen

Absents excusés: MM. le Conseiller aux Etats R. Broger
 le Conseiller national P. Dürrenmatt
 le Professeur J. Freymond
 le Conseiller national W. Hofer
 le Conseiller fédéral H. Hürlimann
 le Conseiller fédéral M. Weber

Invités présents: M. le Conseiller fédéral Willy Spühler

autres participants: MM. l'Ambassadeur P. Jolles
 l'Ambassadeur E. Thalmann
 l'Ambassadeur R. Bindschedler
 l'Ambassadeur M. Gelzer
 l'Ambassadeur M. Heimo
 l'Ambassadeur K. Jacobi
 l'Ambassadeur A. Janner
 l'Ambassadeur Ch. Müller
 l'Ambassadeur R. Probst
 l'Ambassadeur F. Rothenbühler
 l'Ambassadeur F. de Ziegler

MM. le Ministre A. Dunkel
 le Ministre M. Jaccard

M. F. Landgraf, Chef de presse
 M. P. Erni, Chef d'information et presse
 du DPF
 M. F. Blankart, Chef du bureau de l'inté-
 gration DPF/DFEP

Secrétariat: M. E.R. Lang

Procès-verbal: M. C. Blickenstorfer } partie allemande
 M. W. Gyger }
 M. B. Godet } partie française
 M. J.C. Richard }

Botschafter Weitnauer

begrüssst die Anwesenden und teilt mit, dass Herr Bundesrat Graber zu seinem grossen Bedauern aus persönlichen Gründen nicht teilnehmen kann.

Die Sitzung ist dem Thema "Relance de l'Europe" gewidmet und wird von Professor H. Lüthy eingeleitet, dem der Vorsitzende für die Uebernahme dieser schwierigen Aufgabe dankt und sofort das Wort erteilt.

Professor Lüthy

Als anfangs des Jahres dieses Thema festgelegt wurde, befand sich Europa an einem Punkt innerer und äusserer Entscheidung, was zur Annahme berechtigte, dass an dieser Sitzung die Zeit gekommen sein dürfte, um Bilanz zu ziehen, sei es in Form eines Nekrologes oder als Vorwort zu einem Neubeginn. Im permanent durcheinanderpurzelnden Kaleidoskop einer chaotischen Aktualität ist jedoch der Augenblick, ein festes Bild, eine nicht anderntags schon wieder infragegestellte Struktur des Geschehens oder eine klar erkennbare Ausrichtung des Willens zu fixieren, nie eingetreten und scheint nicht so bald eintreten zu wollen. Für den Betrachter wie auch für den aktiv Beteiligten scheint angesichts der heutigen Situation der Vers Reiner Maria Rilkes aus der Endzeit der Donaunarchie Gültigkeit zu haben: "Wir ordnen's. Es zerfällt. Wir ordnen's wieder - und zerfallen selbst".

Alles ist im Fluss, und es fällt schwer zu bestimmen, was sich - abgesehen von einigen Gesichtern, einigen Schlagworten und einigen Ritualen - eigentlich verändert hat. Unter dem Oberbegriff "Entspannung" und mit dem Ziel, ihr zu dienen, segeln all die Aktivitäten, die Nixon-Round, die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Gespräche über den Truppenabbau. Es geht um den Aufbau einer "structure of peace". Doch wer es sich nicht wesentlich verheimlichen will, hat spätestens seit Oktober 1973 feststellen können, dass die "Entspannung" zwischen West und Ost nichts anderes ist als der Kalte Krieg mit etwas anderen Worten, aber kaum veränderten Mitteln des Spiels am Rand der Katastrophe. Politik, ein-

- 4 -

schliesslich der Wirtschaftspolitik, reduziert sich heute auf Krisenmanagement, und Krisenmanagement ist ein anderer Ausdruck für "Durchwursteln" - "la navigation à vue", wie es Giscard d'Estaing nennt, aber bei denkbar schlechter Sicht. Was man in diesem Kaleidoskop von Ereignissen, Stimmungen und Krisen vergeblich sucht, ist das Thema dieser Sitzung: Europa.

Sicher, die Römer-Verträge wurden - unter sorgfältiger Ausklammerung aller politischen Implikationen - zu Ende geführt, aber es kam nicht zur Vertiefung, lediglich zur verspäteten Erweiterung. England erweist sich - wie De Gaulle es zu einer Zeit voraussagte, in der aus dieser Erweiterung noch ein gegenseitiger Impuls hätte resultieren können - nicht als Element der Stärkung, sondern als Lähmungsfaktor der Gemeinschaft. Die Dynamik der Europäischen Gemeinschaft hat sich im Wirtschaftlichen erschöpft und darüber hinaus nichts bewirkt.

Die grosse Vision der Eurokraten, dass die gemeinsame Wirtschafts- und die theoretisch im gemeinsamen Agrarmarkt enthaltene gemeinsame Währungspolitik durch eine Verkettung von "Sachzwängen" auch die politische Einheit erzwingen würden, hat sich wohl endgültig als das erwiesen, was sie immer war: als Hirn-
gespinnst. Die innerlich heterogene Wirtschaftsgemeinschaft einer industrieller Zollunion und eines von Frankreich erzwungenen durchreglementierten Agrarmarkts hat weder zu einer politischen Solidarität noch auch nur zu einer echten wirtschaftlichen Homogenität Westeuropas geführt.

Um aus der jetzigen Sackgasse auszubrechen, wäre nichts Geringeres als ein neuer Römer Vertrag notwendig, der klar neue Ziele formulieren würde. Doch davon ist keine Rede. Europa hat in den drängenden Fragen der jetzigen Krisen - Währungspolitik, Zahlungsbilanzpolitik, Energiepolitik, "Vollbeschäftigungspolitik" - nirgends eine gemeinsame Haltung und eine gemeinsame Stimme gefunden. Dort, wo es als Einheit aufzutreten beansprucht, spricht es französisch und erweist sich als Störungselement, als "nuisance value", das in der Weltpolitik überall, nur nicht in Europa selbst, als dritte Kraft

./.

aufzutreten versucht, ohne indessen seine innere und äussere Ohnmacht auch nur notdürftig verhüllen zu können. Walter Laqueur hat dies in seiner Analyse des Nahostkrieges 1973 in die Formel zusammengefasst: " $9 \times 0 = 0$ ".

Dieses "Europa" hat sich als Konjunkturgebilde, als Schönwetter-Gemeinschaft, als Wirtschaftskoloss ohne Skelett erwiesen. Ich möchte weder die Trägheitskraft der einmal geschaffenen Wirtschaftsreglemente und Mechanismen noch den Selbsterhaltungstrieb bestehender Institutionen und Körperschaften unterschätzen. Doch mit jenem Bewusstsein einer echten Schicksalsgemeinschaft am Rande des Sowjetimperiums, das sich einst im Konzept der europäischen Gemeinschaft ausdrückte, hat dieser gemeinsame Markt nichts mehr zu tun: seine jetzige Konstruktion ist eine blosser Frage wirtschaftlicher Zweckmässigkeit, und gerade diese Zweckmässigkeit ist nun fragwürdig geworden.

Nach den Worten des französischen Aussenministers Sauvagnargues hat Europa im vergangenen Sommer, im Augenblick, in dem Frankreich seine Halbjahrespräsidentschaft im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft antrat, seinen Nadir, den absoluten Tiefpunkt seiner Planetenlaufbahn, erreicht. Seither ist die Relance européenne im Gang, der Wiederbeginn der europäischen Konstruktion, welchen Giscard und Sauvagnargues zur "grossen Aufgabe der französischen Politik" erhoben haben. Wir haben in der Zwischenzeit mehrere Anläufe dieser europäischen Relance erlebt, die bisher regelmässig mit grossem Getöse, aber unter abnehmender Aufmerksamkeit verpufft sind. Geändert hat sich im Grunde genommen wenig. Präsident Pompidou hatte eine weit kühnere Relance européenne angekündigt, und wir erinnern uns kaum mehr daran. An der Ministertagung 1972 wurde verheissen, dass bis 1980 die politische Union vollendet sein sollte. Doch solche Communiqués, die nur verbale Pflichtübungen sind, haben nichts als Komitees in Bewegung gesetzt. Auch die im vergangenen Sommer viel beredete Hoffnung, die Gemeinschaft von ihrem deutsch-französischen Kern unter neuen Führungsequipen in Paris und Bonn aus zu regenerieren, hat sich schnell in nichts aufgelöst. Frankreich ist so gaullistisch wie je, und Deutschland als östliches Grenzland

-- 6 --

der westlichen Welt muss wohl atlantisch bleiben, so lange es nicht sich selbst aufgibt. Jede Prognose, die heute gewagt wird, muss sich auf sehr unbestimmte Vermutungen beschränken. Frankreichs jetzige Regierung hat sich selbst und in gewissem Masse auch ihre Partner, unter denen es sich in Wirklichkeit keiner leisten kann, die Neunergemeinschaft einfach Schiffbruch erleiden zu lassen, unter den moralischen Erfolgszwang gesetzt, bis Jahresende mindestens den publizitären Anschein zu erwecken, dass dieses Europa eine Zukunft hat und dass man gewillt ist, es auf neuen Wegen voranzutreiben. Es ist beinahe undenkbar, dass dieser mühsam zusammengetrommelte Gipfel im Dezember dieses Jahres nicht mindestens ein feierliches Communiqué hervorbringt, das den Willen zu neuen Taten proklamiert. Dass dadurch tatsächlich etwas in Bewegung kommt, ist keine zwingende Schlussfolgerung, aber es ist auch nicht zum vornherein ausgeschlossen. Mehr ist heute nicht zu sagen. Mutatis mutandis steht dieses Europa da, wo es 1956 nach dem doppelten Schiffbruch der europäischen Verteidigungsunion und des englisch-französischen Suez-Abenteuers stand. Damals kam schliesslich etwas in Bewegung. Le pire n'est pas toujours sûr.

Auf das Communiqué der neuen "Gipfelkonferenz" kommt es dabei wenig an. Der Römer Vertrag war damals so unglaubwürdig, wie es heute die Unterschriften von 12 Regierungschefs unter einen Kalender einer europäischen Konföderation wären. In Wirklichkeit waren es erst die harten Währungssanierungen des Dezembers 1958, die mit der Währungskonvertibilität auch die Realisierung des Römer Vertrages ermöglichten. Es bleibt die Frage, ob etwas Vergleichbares heute möglich wäre. Darauf lässt sich schwer eine Antwort finden, doch sollen einige Thesen zumindest Stichworte für die anschliessende Diskussion liefern:

1) Was vor 20 Jahren den Hintergrund zur Relance européenne nach dem Schiffbruch von 1954 bildete, jene breite, eine ganze Jugend, eine sehr wirksame Lobby von "Eurokraten" der Equipe Jean Monnets und eine Gruppe europäischer Politiker und Staatsmänner umfassende europäische Bewegung fehlt heute vollständig.

- 7 -

2) Die Europäische Gemeinschaft hat nicht Europa integriert, sondern lediglich Voraussetzungen dafür geschaffen, dass es an einer im Zentrum amerikanischen Nachkriegskonjunktur, die durch europäischen (Marshallplan!) und japanischen Wiederaufbau, Wettrüsten und Dollarwährungssystem die atlantischen und pazifischen Gegenküsten Amerikas erfasste, teilnehmen konnte. Innerhalb dieser westlichen Expansion hat der europäische Gemeinsame Markt keine selbsttragende wirtschaftliche Individualität Westeuropas geschaffen, die zu selbständigen Antworten auf die Krisen dieser integrierten westlichen Welt imstande wäre; alle Versuche eines Alleingangs, ob währungs- oder energiepolitisch, sind gescheitert.

3) Grundlegend bleibt die Tatsache, dass nach dem Scheitern der europäischen Verteidigungsgemeinschaft nie mehr ein ernsthafter und offener Versuch unternommen worden ist, dass aussen- und vor allem verteidigungspolitische Problem der "atlantischen Partnerschaft" zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten zu bereinigen, wäre es auch nur im Sinn einer budget- und zahlungsbilanztechnischen Bereinigung der Verteidigungslasten. Es ist meine bereits mehrmals ausgesprochene Ueberzeugung, dass sogar ein scheinbar so unmilitärisches Phänomen wie die Zerrüttung des internationalen Währungssystems grossenteils hier seinen Ursprung hat. Gerade das wirtschaftliche Europa hat zwei Jahrzehnte lang auf dem (durch die defizitär finanzierte Ueberdehnung des amerikanischen Verteidigungssystems genährten) Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz prosperiert und dafür die Absurdität einer internationalen Dollarreservewährung in Kauf genommen, deren Insolvenz schon lang vor 1971 offensichtlich war. Doch das ist nur ein materieller - freilich auch moralisch und psychologisch vergiftender - Aspekt einer von Grund auf falschen und schiefen Situation des westeuropäischen Rumpfkontinents, der nie die Lasten und die Verantwortung der Selbstverteidigung oder eines klar übernommenen eigenen Verteidigungsanteils auf sich nahm, zugleich aber die ungleiche, protektoratsähnliche Allianz als Entwürdigung empfand und teils fröhlich teils missmutig an dem Ast sägte, auf dem er sass. Die totale Inkonsistenz dieses Europas des Selbstbetrugs ist spätestens seit Oktober 1973

./.

- 8 -

grausam offenkundig geworden, und tragischerweise hat gleichzeitig gerade das seither verstrichene Jahr gezeigt, wie notwendig der Rückhalt eines handlungsfähigen Europas heute für die krisengeschüttelten Länder des europäischen Mittelmeerraumes wäre. Dass die Vereinigten Staaten ihrerseits leider sehr ostentativ ihr Interesse an dieser fehlkonstruierten Partnerschaft verloren haben, dass sie diesen europäischen Partner fast nur noch als Störfaktor in ihrem direkten Dialog mit der Sowjetunion behandeln und dass sie überdies ihrerseits in eine Situation gefährlicher Führungs- und Kurslosigkeit geraten sind, verbessert die Chancen Europas nicht: die amerikanische Unterstützung aller europäischen Einigungsbestrebungen war mindestens bis 1960 ein wichtiger, wenn nicht der entscheidende Antrieb der westeuropäischen Einigungspolitik, der heute ausfällt oder sogar ins Gegenteil umgeschlagen ist.

So haben sich innere und äussere Impulse gleichzeitig mit der dieses Wirtschaftseuropa tragenden Hochkonjunktur zu Tode gelaufen. Ueber die Aussichten, dass das, was zutiefst ein Europa des Selbstbetrugs geworden ist, sich in plötzlicher Erleuchtung über die eigene Situation zu konstruktiver Tatkraft aufrafft, wage ich nicht zu spekulieren. Ich hoffe aufrichtig, dass die mit den Krisen und dem Selbstbehauptungswillen der europäischen Institutionen unendlich viel besser vertrauten Mitglieder der Arbeitsgruppe meine eher düsteren, aber auch als Herausforderung zum Widerspruch gemeinten Einführungsworte kräftig korrigieren und eine hoffnungsvollere Prognose stellen, denn es bereitet mir kein Vergnügen, an Europa zu verzweifeln, und nichts wäre mir lieber, als mit meiner Skepsis unrecht zu haben.

Botschafter Weitnauer

dankt für das eindrückliche Referat und eröffnet die Diskussion.

Botschafter Jolles

Versucht man, eine Bilanz der laufenden Integrationsbemühungen zu ziehen, so ergeben sich auf der Passivseite drei Faktoren, die für die gegenwärtige Stagnation massgebend sind:

Die Energiekrise hat die Unterschiedlichkeit der ökonomischen Lage der einzelnen Mitgliedstaaten derart vergrössert, dass gewisse Errungenschaften, etwa im Bereich der Landwirtschaftspolitik, in Frage gestellt werden und das Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion, beruhend auf einem assimilierten volkswirtschaftlichen Entwicklungsstand der Beteiligten, in etwelche Ferne gerückt ist. Während Grossbritannien und Italien zu den meistverschuldeten Staaten der Welt gehören, stellt die BRD zur Zeit das grösste Ueberschussland dar. - Dazu kommt, dass die interne Dynamik der Gemeinschaft durch das britische Begehren auf Neuverhandlung der Beitrittsbedingungen stark gedämpft wird. Die Erweiterung hat somit vorläufig nicht, wie vielfach erhofft, neue Integrationsdimensionen eröffnet. - Schliesslich ist festzuhalten, dass das Interesse weiter Bevölkerungskreise, vor allem der Idealismus der Jugend, in bezug auf die Europäische Einigung abgenommen hat, womit auch der Druck der öffentlichen Meinung auf die Regierungen weitgehend entfallen ist.

Auf der Aktivseite ist immerhin zu vermerken, dass die Energiekrise, deren Lösung den regionalen Rahmen überschreitet, der Gemeinschaft die Notwendigkeit der atlantischen Zusammenarbeit, mithin ihre Brückenkopffunktion, wieder zu Bewusstsein gebracht hat, was mitunter in einer verstärkten aussenpolitischen Zusammenarbeit der Neun zum Ausdruck kommt. Entsprechend hat der bremsende Einfluss Frankreichs etwas abgenommen.

Wenn sich in dieser Lage die erreichte Freihandelslösung als richtig und nützlich erwiesen hat, so muss doch die Notwendigkeit einer noch umfassenderen Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der Gemeinschaft im Auge behalten werden. Ferner gilt es, die Öffentlichkeit mit der Idee der atlantischen Wirtschaftskooperation vertrauter zu machen, da die anstehenden Probleme nur im Dreiecksverhältnis der Industrie-, Produzenten- und Entwicklungsstaaten gelöst werden können. Hierbei müssen wir darauf achten, sie in ihrer wirtschaftlichen Relevanz anzugehen und damit zu beweisen, dass auch in der neuen Lage ein neutraler Staat an konstruktiven Lösungen mitzuarbeiten vermag.

M. B. Béguin

souligne que le professeur Lüthy a dépeint une Europe sans squelette et sans âme tandis que M. Jolles s'est attaché à situer la Suisse dans le contexte de la relance de l'atlantisme. Son rôle est d'être disponible afin d'encourager la naissance d'un certain enthousiasme européen. Le vide politique de l'Europe tient aux diversités nationales qui constituent toujours l'obstacle majeur sur la voie de l'unité. Ce vide comprend toutefois des éléments positifs puisqu'il laisse apparaître que le destin européen ne saurait être artificiel. La Suisse qui a su résoudre ses problèmes de diversité pourrait à cet égard être d'un apport précieux car, en fin de compte, ce n'est pas tant la force économique de l'Europe qui importe pour le monde que la diversité de ses cultures qui seule garantit des abus de toute idéologie.

M. l'Ambassadeur de Ziegler

partage ces diverses préoccupations. A la base de toute communauté, il y a un souci de sécurité. La maladie congénitale de l'Europe est de n'avoir pas su ou voulu assurer sa propre défense. Or il ne saurait y avoir de véritable relance sans défense commune. Un tel effort devrait avoir la priorité.

M. le Professeur Broggin

aimerait apporter trois remarques:

- premièrement: il pense que les problèmes monétaires plus que tout autre ont fait l'Europe. Il y a un scepticisme exagéré à l'égard de toute la base institutionnelle. Dans un récent ouvrage, M. Hallstein s'est déclaré convaincu qu'avec le temps la réalité des institutions peut imposer l'Europe, alors que M. Dahrendorf lui, ne croit pas à la force des institutions.

Pour sa part, le professeur Broggin estime que l'Europe peut toutefois se prévaloir de certaines réalisations qui autorisent à l'optimisme. De toute façon il serait temps de dépasser l'antinomie entre les institutions et la réalité économique. En tout état de cause, il serait souhaitable, pour que s'affirme une conscience européenne, que soit créé un parlement européen élu au suffrage universel.

- deuxièmement: plutôt que de relance de l'Europe, il conviendrait de parler de celle de l'atlantisme. L'Europe en effet n'a plus de densité propre. Ayant européisé presque le monde entier, elle a réalisé une sorte d'intégration planétaire. Elle a donc désormais davantage de peine à se distinguer, à se donner des contours particuliers.

Mais que serait devenue l'Europe sans les Communautés? La réponse n'est pas aisée à fournir. En revanche, sur le plan juridique, les réalisations sont nombreuses et tangibles: la liberté d'établissement, libéralisation des marchés du travail, entraide et unité judiciaires, règles sur la concurrence et les cartels, création prochaine d'un brevet européen, etc.

- troisièmement: Une fatalité semble peser sur les Etats du sud de l'Europe, une certaine incapacité d'assumer la liberté, pour reprendre le mot de Mme Jeanne Hersch. Tel est notamment le drame que vit l'Italie. L'Europe doit consentir de lourds sacrifices pour ce non-adulte, et il est à craindre qu'elle ne les juge une fois trop pesants. M. Spinelli n'exclut pas l'idée qu'il pourrait être préférable pour l'Europe d'avoir une Italie gouvernée avec le concours des communistes plutôt qu'une Italie qui connaît le désordre actuel.

Botschafter Ruegger

geht von der dreifachen Frage aus: Woher kommen wir, wo stehen wir, was wollen wir? Die erste Frage wurde im Referat von Prof. Lüthy einlässlich und glänzend beantwortet. Die Institutionalisierung ist heute wohl nicht das Wesentliche, entscheidend ist die Schaffung eines Gemeinschaftssinnes, wie dies auch aus den Anregungen von Botschafter Jolles hervorgeht.

Obwohl dieser noch vielfach fehlt, muss anerkannt werden, dass schon viel erreicht wurde, über das spezifisch Wirtschaftliche hinaus, wenn auch in einer Mosaik-Arbeit, auf deren Gesamtheit Prof. Broggini mit Recht hingewiesen hat.

Welche Konsequenzen ergeben sich für die Schweiz in bezug auf die Beurteilung und die Förderung der "Relance de l'Europe"? Die Schweiz

hat, gestern wie heute und morgen, dank ihrer immerwährenden, völkerrechtlich einzigartigen Neutralität einen dauernden Beitrag zu leisten. Wenn die "Relance" Europas langsam fortschreitet, sollte dies uns, in Erinnerung an unsere eigene Geschichte - die u.a. eine langsame Angliederung von "zugewandten Orten" beispielhaft beweist -, nicht erstaunen. Das Positive der schweizerischen Neutralitätspolitik kann sich, namentlich im traditionellen Europa, wo sie entstanden ist, auch geistig auswirken, wie dies von François Poncet und anderen seit Jahren betont wird.

Besondere Beachtung verdient, in der Tat, die mehr als prekäre Situation in sich erweiternden Teilen des Mittelmeerraumes. Man muss sich fragen, ob und inwieweit Einflüsse aus diesen Regionen für die "Relance" Europas derzeit besonders förderlich sein können; - die Zeiten der Initiativen von Alcide de Gasperi sind vorbei - ob nicht, im Gegenteil zu befürchten ist, dass, in der Perspektive des atlantischen Europas, eine gewisse graduelle, zeitweilige Abschnürung unsicherer Gebiete zur Voraussetzung des europäischen Fortschritts wird.

Im Gegensatz zu den von Prof. Brogini zitierten italienischen Quellen, sähe Botschafter Ruegger in einer allfälligen Beteiligung von Kommunisten an Regierungen im Mittelmeerraum eine grosse Gefahr für jede "Relance" Europas. Auch wenn der Ton sich bedeutend ändert, die Substanz, die Doktrin des Kommunismus der bereits auf 50 Jahre Tradition hinweist, können sich kaum ändern. Beispiele aus einem halben Jahrhundert beweisen dies klar. Staatsmänner, die sich zu Kompromissen hergaben, wie Benesch, Masaryk und andere - die solche Kompromisse auch in Westeuropa befürworteten, haben dies teuer bezahlt.

Was bedeutet die atlantische Allianz für die Schweiz? Wir gehören ihr nicht an, es ist "res inter alias acta". Etwas anderes ist die "atlantische Zusammenarbeit" in vielen Gebieten, vom Wirtschaftlichen zum Kulturellen. In Europa geboren, kann die schweizerische Neutralität in diesem Rahm noch erhöhtes Gehör finden, - auch ohne Vorbehalte - um grösseres Verständnis werben, sowohl in Wirtschaftsproblemen, wie in ihren Bestrebungen zur Festigung des Rechts.

M. l'Ambassadeur Micheli

relève que les problèmes débordent désormais les frontières européennes et même atlantiques. Il suffit de penser à la crise des matières premières. La Suisse est de plus en plus placée devant un dilemme. Elle doit en effet concilier l'interdépendance de fait et la sauvegarde de son indépendance politique. M. Micheli prie M. Jolles qui a participé aux travaux de la CNUCED de s'exprimer sur la disponibilité dont la Suisse peut encore faire preuve dans un tel contexte.

Botschafter Jolles

Die schweizerische Disponibilität besteht weiterhin, wenn sich auch ihr Bewegungsspielraum verändert hat: Mit den erdölproduzierenden Staaten ist ein Machtfaktor entstanden, der die Möglichkeit gewisser Länder, die schweizerische Disponibilität in Anspruch zu nehmen, unter Umständen zu beeinträchtigen vermöchte. Dazu kommt, dass mit dem heute praktizierten Krisenmanagement im Währungs- und Petrolsektor die Grossmächte gewisse Leitungsfunktionen übernommen haben. In solcher Lage gelingt es der Schweiz nur dann, sich einzuschalten, wenn sie sich den übrigen Staaten durch eine Entpolitisierung der Debatte als nützlich erweist. Zusammen mit den anderen Neutralen sollte sie zudem eine Rückführung der Probleme in die bestehenden Gremien - und damit gleichzeitig eine Verstärkung von deren Funktionsfähigkeit - anstreben.

Bundesrat Spühler

teilt die Auffassung von Prof. Lüthy. Europa steht nicht mehr im Zentrum der Welt und stellt im multipolaren System noch keinen Pol dar. Dies kann nicht erstaunen. Man muss an die ursprüngliche Absicht der Europäischen Gemeinschaft denken, Deutschland ins westeuropäische Wirtschaftsgebiet zu integrieren. Dieses Ziel wurde erreicht, was Anerkennung verdient. Deutschland ist kein Störfaktor mehr in der Weltpolitik.

Botschafter de Ziegler wies zu Recht auf das Bedürfnis Europas nach vermehrter Sicherheit hin. Tatsächlich sind es weder ideologische Aspekte noch die wirtschaftliche Dimension, welche das Denken der

europäischen Völker beherrschen. Europa ist vielmehr ein eminent politisches Problem, weshalb bedauert werden muss, dass die Lösung im wirtschaftlichen Sektor gesucht worden ist, wo Erfolge stets sehr schnell sichtbar werden müssen. Im politischen Bereich zeigt man mehr Geduld und setzt sich langfristige, aber bescheidenere Ziele. Viele Enttäuschungen hätten auf diese Weise vermieden werden können.

Erfolgreicher wäre der Weg über die Strassburger-Institutionen gewesen. Dort hätte auf föderalistischer Basis mehr erreicht werden können und der Schweiz wäre die Möglichkeit geboten worden, ihren Beitrag zu leisten.

Besonders erfreut zeigte sich Bundesrat Spühler über den Beitritt der Schweiz zur Energieagentur. Dadurch wird eine positive Einstellung der Bevölkerung zur internationalen Zusammenarbeit gefördert. Gleichzeitig gelangen wir an einen Punkt, wo die Neutralität unter dem Zwang der Verhältnisse neu überdacht werden muss, ein Problem, das sich ähnlich auch im Zusammenhang mit der UNO stellt.

Botschafter Weitnauer

hebt hervor, dass es sich die schweizerische Aussenpolitik nicht leisten kann, in bezug auf die Beurteilung der internationalen Lage anders als kühl und realistisch zu sein. Zu Beginn der Sechzigerjahre glaubte man auch bei uns weitherum an das Europa Monnets und Hallsteins. Diesem Europa machte heute Prof. Lüthy mit Recht den Prozess. Die Europahoffnungen der Sechzigerjahre haben sich als Schimäre erwiesen, was den unvoreingenommenen und sachkundigen Beobachtern von Anfang an klar war. Ebenso deutlich ist es, dass viele - und gerade die wichtigsten - Probleme von jeher den engen regionalen Rahmen Westeuropas sprengten (so namentlich das der Verteidigung) und nur in einem atlantischen Rahmen gelöst werden können.

Was stellt die Europäische Gemeinschaft heute dar? "A tale, told by an idiot, full of sound and fury, signifying nothing...."? Botschafter Weitnauer teilt diese Ansicht nicht, auch wenn die vielen Schwierigkeiten und Pannen nicht zu übersehen sind. So ist in Form der EG insbesondere für all die Länder, die in politischer

- 15 -

Not sind (wie z.B. Italien), ein europäischer Kristallisationspunkt von hohem Wert geschaffen worden. Es existiert eine organisierte Gemeinschaft, wenn auch keine supranationale Organisation, und im Rahmen der bestehenden Strukturen wird viel geleistet, sei es von der Beamtenschaft in Brüssel, sei es im Ministerrat, der ein Rat autonomer Länder geblieben ist. In diesem System hat auch England seinen Platz, bildet es doch namentlich die natürliche Brücke zu den USA.

Auch in Zukunft wird die Gemeinschaft eher der alten als der neuen Eidgenossenschaft ähnlich sein; auch wir werden ihr deshalb eines Tages angehören können. In der Zwischenzeit müssen wir mit der Gemeinschaft zusammenarbeiten. Wir sollten gleichzeitig aber im atlantischen Rahmen unsere Stimme stärker zur Geltung bringen. Die jüngsten Ereignisse erleichtern eine solche Politik. Das Schweizer Volk ist heute eher zur internationalen Zusammenarbeit bereit. Auch mit einem konservativen Volk kann man eine moderne Aussenpolitik betreiben. Doch denkt unser Volk nicht in abstrakten Denkschemata, wie sie in Brüssel ursprünglich blühten und heute so offenkundig abgewirtschaftet haben.

Nationalrat Bretscher

würde es schwer fallen, Prof. Lüthys ungünstiger Diagnose und Prognose zu widersprechen. Es scheint, dass die historische Schicksalsfigur Europas heute "der verlorene Posten" ist. Der Sprechende und einige der hier Anwesenden haben nie geglaubt, dass aus der Zusammenlegung nationaler Volkswirtschaften in der EWG ein europäisches Bewusstsein entstehen und die politische Integration sich automatisch aus dem wirtschaftlichen Zusammenschluss ergeben werde. Jetzt müssen wir sehen, dass auch der wirtschaftliche Zusammenschluss nicht richtig funktioniert und die "Gemeinschaften" weit davon entfernt sind, ihre ambitiösen Ziele der gemeinsamen Wirtschafts-, Handels- und Währungspolitik realisieren zu können. Das Verhalten der Gemeinschaften gegenüber den arabischen Drohungen und Erpressungen mit der Erdölwaffe offenbarte eine erschütternde Schwäche: Kein Wort der Solidarisierung mit dem boykottierten Holland und keine grundsätzliche Verwahrung gegen den Missbrauch handelspolitischer Beziehungen und Rohstoff-Machtpositionen zu politischen Zwecken, genauer gesagt zu politischer Erpressung.

./.

Der Vergleich Europas mit der Situation des späten Byzanz drängt sich auf. Wie dieses den Türken Tribut zahlte, um seinen Fortbestand zu erkaufen, leistet Europa den Arabern Tribute - und zwar nicht bloss finanzieller, sondern auch politischer Natur -, um weiterhin das kostbare Erdöl zu erhalten, und an die Russen gibt es den "Butterberg" der EG zu Schleuderpreisen weiter, womit es allerdings nur das Beispiel der Vereinigten Staaten mit ihren massiven Weizenlieferungen an die Sowjetunion antizipiert bzw. nachahmt.

Welche Konsequenzen ergeben sich für die Schweiz? Wie nach dem Ersten Weltkrieg wohnen wir einer Renaissance des Nationalismus bei; nicht eines auf die Idee des Vaterlandes bezogenen "chauvinistischen" Nationalismus, sondern eines Nationalismus des nackten materiellen Interesses, der vom Staat nur noch die Sicherung des Wohlstands fordert. Es ist zu befürchten, dass diese nationalen Egoisten sich in jeder Krise ruchlos durchsetzen. Die Schweiz sollte angesichts dieser Flucht in die nationalen Rettungsboote zwar weiterhin versuchen, an der internationalen Zusammenarbeit solidarisch teilzunehmen, gleichzeitig aber dafür sorgen, dass unser eigenes nationales Rettungsboot bei der Teilnahme an den zum Teil bloss verbalen Aktionen und Demonstrationen europäischer Solidarität nicht leck wird. Vor diesem Hintergrund ist z.B. unsere Haltung an der KSZE als richtig zu beurteilen.

Conseiller d'Etat M. Meylan

voudrait apporter des précisions sur les points suivants:

- Il ne faut pas oublier que les Suisses sont, dans leur grande majorité, des provinciaux peu préoccupés de politique étrangère et d'intégration européenne. En soulignant publiquement les faiblesses de l'Europe, les autorités ne font qu'encourager un scepticisme déjà suffisamment ancré dans la population.
- Même si l'Europe éprouve des difficultés, elle n'en a pas moins créé des institutions durables qui ont changé son visage. Du sort de l'Europe dépendra celui de la Suisse qui en est une partie intégrante. Aussi convient-il d'éduquer dans ce sens le citoyen suisse et de mener une permanente campagne d'information.

- M. Meylan approuve l'opinion selon laquelle une participation des communistes au gouvernement italien reste dangereux tant qu'ils se réclament encore de Lénine.

Botschafter Troendle

äussert sich zum kommunistischen Einfluss, der vor allem im Süden Europas, wo sich die Strukturen aufweichen, rasch zunimmt. Im Ostblock besteht heute die Tendenz, eine gewisse Autonomie der nationalen kommunistischen Parteien zu anerkennen. Damit steigt die kommunistische Gefahr, denn die kommunistischen Parteien suchen nunmehr ihre eigene Macht im Staat, und nicht mehr jene Moskaus.

Professor Frei

Es ist richtig, dass das europäische Bewusstsein bei den heutigen Trägern staatlicher Verantwortung weitgehend erloschen ist. Aber wie repräsentative Umfragen in den EWG-Stammländern gezeigt haben, orientiert sich die jüngere Generation wieder weniger am Nationalen, und sie denkt vermehrt europäisch. Es darf deshalb erwartet werden, dass in zehn bis zwanzig Jahren ein neues Europabewusstsein in die Parlamente, Ministerien und Redaktionsstuben getragen wird - und zwar ein Europabewusstsein, das im Gegensatz zu dem aus der Katastrophe von 1945 genährten Europäismus der älteren Generation ungleich viel solider und konstanter ist.

Allerdings geht mit diesem neuen Europabewusstsein auch eine Entfremdung vom Staat einher, dies in einer Zeit, wo durch eine Art "Neo-Souveränität" das Staatliche immer wichtiger (und unentrinnbarer) wird. Hier muss deshalb mit vermehrter innerer Unrast gerechnet werden - einer Unrast, die z.T. gerade aus einem durch das europäische Bewusstsein genährten Konsensverlust des überkommenen Territorialstaates gefördert wird.

Botschafter Weitnauer

glaubt demgegenüber, dass die heutige Jugend nicht in europäischen Dimensionen denkt - die ihr selbstverständlich geworden sind -, sondern sich vor allem um die grossen Weltprobleme kümmert.

Bundesrat Wahlen

stellt die Frage, ob der Verlust des europäischen Bewusstseins nicht eine Folge der Verwirtschaftlichung der Politik sei.

Die vermehrte wirtschaftliche Kooperation Westeuropas mit dem Osten birgt Gefahren für Europa, indem sie neue Erpressungsmöglichkeiten bietet.

Oberstkorpskommandant Uhlmann

unterstützt aus seiner Sicht die Voten von Staatsrat Meylan und Bundesrat Spühler, bleibt aber skeptisch in bezug auf die junge Generation und ihr Unbehagen gegenüber dem, was Europa geworden ist. Die Jugend erscheint verunsichert und sucht einen Halt, den die bestehenden Strukturen (NATO, EWG) nicht bieten können.

Die Abrüstungsgespräche sind verbunden mit einer ständigen Aufrüstung seitens der Sowjetunion. Diese Entwicklung steht in krassem Widerspruch zu dem in allen Schichten dominierenden Bedürfnis nach Sicherheit. Ein verbreiteter und noch zunehmender Anti-Amerikanismus erschwert unsere Bemühungen, das Verständnis für die atlantische Dimension zu wecken und zu fördern.

Trotzdem besteht unsere Hauptaufgabe darin, Aufklärungsarbeit zu leisten, wobei vorerst der geeignete Träger für diese Arbeit gefunden werden muss. Der Bund kann und darf hier nicht aktiv werden. Man müsste ein kleines Gremium schaffen zur Mobilisierung des Bewusstseins vorerst bei Parteien und Medien.

M. Béguin

qui ne sousestime pas non plus le danger communiste, voudrait néanmoins souligner la complexité du problème. M. Soarès, dont on peut approuver l'action, aurait-il dû refuser son poste parce que des communistes siègent au même gouvernement? MM. Garaudy et Daix ne font-ils pas maintenant partie du patrimoine européen? Que faut-il penser de l'accueil réservé par les mass média helvétiques à l'ancien directeur de la télévision tchèque réfugié en Suisse? Que peuvent faire les moyens d'information modernes si ce n'est de rester ouvert

à tous les mouvements d'idées et de contribuer à former chez les citoyens un jugement libre et critique?

Botschafter Weitnauer

erteilt Prof. Lüthy das Wort zu einer abschliessenden Stellungnahme.

Professor Lüthy

Es ist unmöglich, angesichts des amorphen Themas und der Fülle vorgetragener Erwägungen eine zusammenfassende Schlussfolgerung zu ziehen. Viele Fragen bleiben offen:

- Welche Strategie wird der Kommunismus in den mediterranen Ländern verfolgen? Vom Kommunismus als von einem monolithischen Block zu sprechen, ist wohl nicht mehr richtig. Beteiligung an der Regierungsverantwortung ohne (mindestens angestrebtes) Machtmonopol ist auch für die kommunistischen Parteien selbst ein Experiment, dessen Implikationen auch parteiintern noch strittig scheinen. Die Frage, wieweit Westeuropa solche Experimente zu verkraften vermag, hat nicht nur innenpolitische, sondern auch gemeinschafts- und bündnispolitische Aspekte.
- Selbstverständlich hat die Europäische Gemeinschaft Strukturen gebildet, die auch weiterhin als Mechanismen zur Lösung verschiedener Probleme beizutragen dienen können und nicht liquidationsbedürftig, aber zweifellos zum grössten Teil revisionsbedürftig sind. Es trifft auch zu, dass die Basisidee, die Integration Westdeutschlands, erfolgreich verwirklicht werden konnte. Dass nun aber die BRD zum übermächtigen Partner innerhalb der Gemeinschaft wird, verändert die Bedeutung einer Integration für die Partner Deutschlands grundlegend. Die gewohnte Führungsrolle ist Frankreich entglitten, und es steht noch keineswegs fest, wie es diese Gewichtsverlagerung hinnehmen wird.

Man sollte nicht über die Europäische Gemeinschaft urteilen, ohne sich zu fragen, was Europa heute ohne die EWG wäre. Vermutlich eine

Weiterentwicklung dessen, was es zuvor war, nämlich das Europa des Marshall-Planes; des Atlantik-Paktes und der OECE-OECD. Es hätte die grosse Freihandelszone werden können. Die Europäische Gemeinschaft war ein Umweg im positiven wie im negativen Sinn, an dessen Ende wir heute angelangt sind, ohne dass jene Probleme gelöst worden wären, welche die Probleme Europas waren und sind. Unsere Diskussion hat sich dementsprechend vom ursprünglichen Thema entfernt und ist zum Problem der "relance atlantique" abgeglitten. Dabei handelt es sich um einen Fragenkomplex, der ganz andere reale und ideologische Probleme aufwirft als die idealistisch verklärte Relance européenne. Amerika und Westeuropa haben sich in den letzten Jahren derart auseinandergeliebt, und "Atlantismus" ist in manchen europäischen Ländern - vor allem in Frankreich zur Rechten wie zur Linken - derart zum Schimpfwort geworden, dass die Hindernisse unübersehbar sind. Die a-politische Scheinwelt der Europäischen Gemeinschaft hat das ihrige dazu beigetragen, diese Probleme zu verdrängen und eine spanische Wand zwischen Europa und Amerika zu errichten.

Botschafter Weitnauer

dankt für Referat und Schlusswort von Prof. Lüthy sowie die Diskussionsbeiträge und schliesst die Tagung. Als Thema für die nächste Sitzung schlägt er "Möglichkeiten und Grenzen der schweizerischen Aussenpolitik in einer sich wandelnden Welt" vor. Prof. Frei wird die Sitzung mit einem Referat einleiten. Als Termin wird der 5. April 1975 vorgemerkt.